



NIEDERSCHRIFT

3. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung (Wahlperiode 2013 - 2018)

Sitzungstermin: Dienstag, 19.11.2013
Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 21:00 Uhr
Sitzungsort: Großer Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6,
23560 Lübeck

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Herr Hans-Jürgen Schubert - Bü90

Mitglieder aus der Bürgerschaft

Frau Silke Mählenhoff - Bü90 bis ca. 19:20 Uhr
Herr Dr. Marek Lengen - SPD
Herr Jochen Mauritz - CDU
Frau Heidemarie Menorca - CDU
Frau Kerstin Metzner - SPD
Frau Ursula Wind-Olßon - CDU
Herr Frank Zahn - SPD

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Frau Stefanie Bussat - Die PARTEI-PIRATEN bis ca. 20:05 Uhr
Herr Hans-Jürgen Martens - LINKE
Herr Rolf Müller - FDP
Vertretung für:
Herrn Rathcke, Thomas

Herr Christoph Otte - SPD
Herr Paul-Gerhard Röttger - CDU
Frau Ingrid Stockfisch - CDU
Vertretung für:
Herrn Kaitschick, Paul

Herr Olaf Wegner - BfL

Verwaltung

Herr Senator Bernd Möller	Fachbereichsleitung
Frau Dr. Olga Koop	Fachbereichscontrolling
Frau Angela Neitzke	Fachbereichscontrolling
Herr Reinhard Rocksien	3.322 - Melde- und Gewerbeangelegenheiten
Herr Norbert Siegrist	3.327 - Verkehrsangelegenheiten
Herr Mischa Jelen	3.327 – Verkehrsangelegenheiten (zu TOP 4.3.2)
Herr Oliver Bähr	3.370 - Feuerwehr
Frau Birgit Hartmann	3.390 - Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz
Herr Andreas Fey	3.390 - Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz (zu TOP 7.1)
Herr Dietmar Schäfer	3.390 - Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz
Herr Jürgen Adler	EBL (zu TOP 4.2.1)
Herr Knut Sturm	3.820 - Stadtwald
Frau Kaisu Wittholz	PR FB 3
Herr Peter Tengler	Personalrat Feuerwehr
Herr Dr. Michael Hamschmidt	Gesundheitsamt (zu TOP 4.2.1)
Frau Heike Wembsdzio	2.280 - Wirtschaft und Liegenschaften (zu TOP 7.4; 7.5)
Herr Bernhard Rogge	LPA (zu TOP 6.2)
Herr Detlef Radtke	Stadtfirewehrverband

Gäste

Herr Norbert Jacobsen - Ihlenberger Abfallentsorgungsgesellschaft mbH (IAG)	zu TOP 4.2.1 (nur im öffentlichen Teil)
Herr Dr. Berend Krüger - Ihlenberger Abfallentsorgungsgesellschaft mbH (IAG)	zu TOP 4.2.1 (nur im öffentlichen Teil)

Sonstige Personen

Herr Jörg Clement - Naturschutzbeirat	nur im öffentlichen Teil
Herr Werner Macziey - Seniorenbeirat	nur im öffentlichen Teil
Herr Hans-Dieter Schiller - Gemeinnütziger Kreisverband Lübeck der Gartenfreunde e.V.	nur im öffentlichen Teil

Mehrere Personen der Öffentlichkeit (nur im öffentlichen Teil)

Entschuldigte Mitglieder

Mitglieder aus der Bürgerschaft

Herr Thomas Rathcke - FDP

entschuldigt

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Herr Paul Kaitschick - CDU

entschuldigt

T a g e s o r d n u n g:

Öffentlicher Teil:

- 1. Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Beschlussfähigkeit**
- 2. Feststellung der Tagesordnung**
- 3. Feststellung der Niederschrift (öffentlicher Teil) vom 17.09.2013**
 - 3.1. Standard Niederschriften
- 4. Mitteilungen**
 - 4.1. Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden**
 - 4.1.1. Sitzungstermine Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung 2014
Vorlage: VO/2013/00912
 - 4.1.2. Schreiben von Anliegern der Neuen Hafenstraße / Eschenburgstraße bzgl. Firma Claus Rodenberg, Waldkontor GmbH Vorlage: VO/2013/01028
 - 4.1.3. Fragen zur erheblichen Lärmbelastigungen im Bereich der Neuen Hafenstraße, der Eschenburgstraße und weiteren Straßen in Karlshof durch Verladearbeiten der Firma Rodenberg, Waldkontor GmbH im Hafen Vorlage: VO/2013/01055
 - 4.1.4. Einladung Jahresabschlussbesichtigung 2013 bei den Freiwilligen Feuerwehren
 - 4.2. Mitteilungen der Fachbereichsleitung**
 - 4.2.1. Deponie Ihlenberg: Grundwassermonitoring 2006-2012 und Nachnutzungskonzept
 - 4.2.2. Vorstellung des Wärmenutzungskonzeptes
 - 4.2.3. Vorstellung Bereich 3.322
 - 4.2.4. Erhöhung der Vorhaltung im Rettungsdienst
 - 4.2.5. 2. Zwischenbericht über Veränderungen gegenüber dem Produkthaushaltsplan 2013
 - 4.2.6. Sickerwasser Deponie Niemark
 - 4.3. Beantwortung von Anfragen**
 - 4.3.1. Lagerhaus-Lübeck GmbH - Antworten auf Ausschussfragen (39. Sitzung des Umwelt- und Kleingartenausschusses in der Wahlperiode 2008 - 2013 TOP 8.3)
Vorlage: VO/2013/01043
 - 4.3.2. Taxenordnung / Taxenkonzessionen
 - 4.3.3. Personalschlüssel Stadtteilbüros / Aufteilung auf StB
 - 4.3.4. Parken Pflegedienste

4.4. Überweisungen aus der Bürgerschaft

- 4.4.1. Überweisung aus der Bürgerschaft Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - "Umweltbericht für das Metallhüttenwerkgelände" Sitzung der Bürgerschaft 29. August 2013 (VO 833)Vorlage: VO/2013/00858
- 4.4.2. Überweisung aus der Bürgerschaft Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - "Lärmentwicklung der Häfen und Wasserstraßen" Sitzung der Bürgerschaft 29. August 2013 (VO 777) Vorlage: VO/2013/00859

5. Anträge

6. Vorlagen

- 6.1. Haushaltssatzung 2014 mit Stellenplanänderungen 2014 Vorlage: VO/2013/00991
- 6.2. Hafentwicklungsplan 2030 (5.691) Vorlage: VO/2013/00904
- 6.3. Bebauungsplan 22.55.08 – Herrenholz Einkaufszentrum - Satzungsbeschluss Vorlage: VO/2013/00963

7. Berichte und Antworten

- 7.1. Bericht zur Umsetzung des Maßnahmenpaketes für den Klimaschutz in Lübeck Vorlage: VO/2013/00958
- 7.2. Festsetzung von verkaufsoffenen Sonntagen in der Hansestadt Lübeck 2014 Vorlage: VO/2013/00980
- 7.3. Anpassung der Organisationsstruktur der Stadtteilbüros als Beitrag zur Umsetzung des Haushaltskonsolidierungskonzepts 2012-2018 Vorlage: VO/2013/01078
- 7.4. Entwicklung der Leerstände in den Kleingärten Vorlage: VO/2013/00977
- 7.5. Stadtgut Falkenhusen: Anfrage von Herrn Dr. Lengen im Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung am 17.09.2013 (TOP 10.1) Vorlage: VO/2013/00976

8. Neue Anfragen und Verschiedenes

- 8.1. Anfrage Herr Röttger - Beschaffung/Ausrüstung Feuerwehr (Feuerwehrlhelm)
- 8.2. Anfrage Herr Wegner - Kriminalpräventiver Rat
- 8.3. Anfrage Frau Metzner - Laubbeseitigung Moltkestraße
- 8.4. Anfrage Herr Wegner - Ölunfall Kahlhorststraße

Nichtöffentlicher Teil:

- 9. Feststellung der Niederschrift (nichtöffentlicher Teil) vom 17.09.2013**
- 10. Mitteilungen**
- 11. Vorlagen**
- 12. Berichte und Antworten**
- 13. Neue Anfragen und Verschiedenes**
- 13.1. Verschiedenes Herr Otte - Pachtzahlungen
- 13.2. Verschiedenes - Herr Mauritz/Herr Zahn/Herr Otte/Frau Metzner

Öffentlicher Teil:

- 14. Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse**

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende Herr Schubert eröffnet die 3. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung in der Wahlperiode 2013 - 2018, begrüßt die Ausschussmitglieder, die zu den einzelnen Tagesordnungspunkten eingeladenen Referenten sowie die Vertreter der Bereiche.

Herr Schubert verpflichtet gem. § 46 Abs. 6 Gemeindeordnung (GO) per Handschlag das bürgerliche Ausschussmitglied auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Obliegenheiten und führt es in sein Amt ein.

Verpflichtet wird: Herr Olaf Wegner

Herr Schubert stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Schubert beantragt das Vorziehen der **TOP 4.2.1, 6.2, 7.4 und 7.5** aus Rücksicht auf die eingeladenen Gäste, das Vertagen der **TOP 4.1.3, 4.2.2, 4.4.1 und 4.4.2**, die gemeinsame Beratung der **TOP 4.3.3 mit 7.3**, die Erweiterung der TO um eine weitere Mitteilung des Vorsitzenden sowie zwei weitere Mitteilungen der Fachbereichsleitung. Herr Schneider ergänzt, dass durch den Austausch der Anlage zu **TOP 7.3** nach dem Versand der Ausschussunterlagen eine neue VO-Nummer im Allris generiert wurde (alt: VO/2013/01018; neu VO/2013/01078).

Auf die Frage von Herrn Martens weshalb der TOP 4.1.3 vertagt werden sollte antwortet Herr Möller, dass eine sachgerechte Auskunft erst nach Vorliegen aller Antworten gegeben werden könne. Er schlägt vor, die Teilantworten zum TOP 4.1.3 zu geben, insgesamt aber dem Verfahrensvorschlag von Herrn Schubert (Vertagung) zu folgen.

Der Ausschuss stimmt dem Vorziehen, der gemeinsamen Beratung, den Vertagungen und den Ergänzungen bei 15 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 0 - Stimmenthaltungen einstimmig zu.

Der Ausschuss stellt die geänderte Tagesordnung bei 15 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 0 - Stimmenthaltungen einstimmig fest.

zu 3 Feststellung der Niederschrift (öffentlicher Teil) vom 17.09.2013

Der Ausschuss stellt die Niederschrift bei 15 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 0 - Stimmenthaltungen einstimmig fest.

zu 3.1 Standard Niederschriften

Herr Möller schlägt vor, den Umfang der Niederschriften der Geschäftsordnung anzupassen und diese im Wesentlichen auf die Auflistung der Redner, Inhalte der Diskussionen, Anträge und Abstimmungsergebnisse zu beschränken. Eine detaillierte Abfassung der Niederschrift sei durch die Fülle der Themen sehr zeitintensiv und aufgrund der Personallage und anderer Aufgaben kaum noch leistbar. Die Ausschussmitglieder sind damit einverstanden, der Ablauf der Sitzung müsse aber in der Niederschrift für Außenstehende noch erkennbar sein.

Der Ausschuss stimmt dem Vorschlag einstimmig zu.

zu 4 Mitteilungen

zu 4.1 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden

zu 4.1.1 Sitzungstermine Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung 2014 Vorlage: VO/2013/00912

Herr Dr. Lengen macht darauf aufmerksam, dass mit dem Ausschusstermin 17.06.2013 wohl eher der 17.06.2014 gemeint sei.

Der Ausschuss nimmt die Sitzungstermine 2014 in korrigierter Fassung zur Kenntnis.

zu 4.1.2 Schreiben von Anliegern der Neuen Hafenstraße / Eschenburgstraße bzgl. Firma Claus Rodenberg, Waldkontor GmbH Vorlage: VO/2013/01028

Der Ausschuss nimmt das Schreiben zur Kenntnis.

zu 4.1.3 Fragen zur erheblichen Lärmbelastigungen im Bereich der Neuen Hafenstraße, der Eschenburgstraße und weiteren Straßen in Karlshof durch Verladearbeiten der Firma Rodenberg, Waldkontor GmbH im Hafen Vorlage: VO/2013/01055

Teilantworten (siehe TOP 2):

Zu den Fragen teilt Herr Möller mit, dass die Lübecker Hafengesellschaft (LHG) ein Lärmgutachten für den Konstinkai erstellen lasse, welches die drei Betriebsszenarien "Genehmigung, Ist-Zustand und Zukunft" untersuche und bewerte. Die Ergebnisse würden für Ende 2013 erwartet. Der Bauantrag für eine mobile Betonmischanlage sei von der Bauordnung dem Bereich Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz vorgelegt und eine Stellungnahme abgegeben worden. Des Weiteren seien diese Fragen eher für den Bauausschuss bestimmt und die Zuständigkeit liege generell beim Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume Schleswig-Holstein (LLUR).

Im Ausschuss wird das Thema unter Beteiligung der Damen Metzner und Menorca sowie der Herren Martens, Dr. Lengen und Röttger erörtert. Als Kernaussage kann festgehalten werden, dass für die Anwohner die Zuständigkeiten nicht erkennbar seien, da diese die Störungen als Umweltbelastungen wahrnehmen würden. Auch gebe es einen erheblichen Unterschied zwischen einer mobilen Betonmischanlage und einem in den Fragen aufgeführten Betonwerk / Zementwerk.

Herr Wegner führt aus, dass es sich um eine Rechtsbeziehung zwischen den Anwohnern und dem Betreiber handle. Theoretisch könne die ganze Angelegenheit auch zivilrechtlich abgearbeitet werden. Darauf könne man die Anwohner aufmerksam machen.

Herr Möller bietet an, ein Schreiben an die Beschwerdeführer zu verfassen, indem die Zuständigkeiten dargelegt und weitere Verfahrensschritte vorgeschlagen werden.¹ In der Stellungnahme sei von einem mobilen Betonmischwerk und nicht von einem Betonwerk die Rede.

¹ Anlage 1 (Schreiben an die Beschwerdeführer) – Diese Anlage sowie alle folgenden Anlagen sind im Ratsinformationssystem
http://www.luebeck.de/stadt_politik/buergerinfo/bi/si018_a.asp?GRA=100013 abrufbar.

Nachrichtlich gibt der Bereich Bauordnung in der Anlage 2 die noch ausstehenden Antworten bekannt.²

Der Ausschuss begrüßt den Vorschlag, nimmt die Teilantworten zur Kenntnis und vertagt den TOP (siehe TOP 2).

zu 4.1.4 Einladung Jahresabschlussbesichtigung 2013 bei den Freiwilligen Feuerwehren

Herr Radtke teilt mit, dass für die weiteren Planungen noch einige Rückmeldungen über eine Teilnahme aber auch Nichtteilnahme fehlten. Er bittet darum, dies noch nachzuholen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4.2 Mitteilungen der Fachbereichsleitung

zu 4.2.1 Deponie Ihlenberg: Grundwassermonitoring 2006-2012 und Nachnutzungskonzept (vorgezogen)

Einleitend führt Herr Möller aus, dass die Ihlenberger Abfallentsorgungsgesellschaft mbH (IAG) bemüht sei, die Anliegen der Hansestadt Lübeck (HL) abzuarbeiten. Die IAG habe eine CD mit ausführlichen Daten zur Verfügung gestellt, die den Fraktionen vorliege. Heute solle sich der Ausschuss auf den Vortrag von Herrn Dr. Krüger und Herrn Jacobsen konzentrieren.

Herr Dr. Krüger und Herr Jacobsen stellen das „Grundwassermonitoring 2006-2012“ und das „Nachnutzungskonzept“ (Deponie Ihlenberg) anhand einer Präsentation vor.³

In der folgenden Diskussion werden von den Ausschussmitgliedern die Arsen- und Tritiumwerte, die Absicherung des älteren Deponieteils für die Zukunft, die Sickerwassergeschwindigkeit und ein Notfallplan für den Fall der Fälle thematisiert.

Seitens der Vertreter der IAG werden die Arsenwerte insoweit relativiert, dass es sich hierbei um Geringfügigkeitsschwellenwerte handle, die weiter beobachtet würden. Diese Werte seien aber nicht mit den Grenzwerten der Trinkwasserverordnung vergleichbar. Die Messdaten 2013 befänden sich momentan in der Auswertung. Insgesamt könne festgehalten werden, dass den Werten geogene / natürliche Ursachen zugrunde liegen würden und diese nicht beeinflussbar seien. Dies sei ein typisches Bild von Endmoränen. Die endgültige Oberflächenabdeckung werde nach den heutigen Vorschriften vorgenommen. Der Altteil sei nach Aussage von Herrn Dr. Krüger als Altlast bewertet und eine Basisabdichtung nicht möglich. Es habe in der ehemaligen DDR ebenfalls Vorschriften zur Sicherung der Umwelt gegeben, welche nach Aussagen langjähriger Deponiemitarbeiter auch eingehalten worden seien.

Des Weiteren würden die Tritiumwerte unterhalb des Grenzwerts der Trinkwasserverordnung liegen und seien zu vernachlässigen. Anzunehmen, die Werte seien gesundheitsschädlich, sei ein Irrtum. Einen generellen Notfallplan gebe es nicht und dieser sei auch nicht umsetzbar. Man könne so ein Szenario nicht mit einem Katastrophenfall vergleichen. Sollte etwas festgestellt werden, so würden Maßnahmen dem Einzelfall entsprechend ergriffen. Dabei handle es sich in der Regel um langfristige Maßnahmen. Abschließend sei festzuhalten, dass die Sickerwassergeschwindigkeit je nach Bodenschicht im Durchschnitt 10^{-8} m/s (günstigeren Falls 10^{-9} – 10^{-11} m/s; ungünstigeren Falls 10^{-4} m/s) betrage.

² Anlage 2

³ Anlage 3

An der Diskussion beteiligen sich die Herren Möller, Dr. Krüger, Jacobsen, Schubert, Dr. Lengen, Wegner, Clement sowie Frau Bussat.

Herr Schubert beantragt das Anhörungsrecht für Herrn Dr. Tetzlaff-Gahrman als sachkundigen Bürger.

Kurz vor der Abstimmung äußert sich Herr Mauritz, dass der Ausschuss grundsätzlich bereit sei, sachkundige Personen zu hören. Zu diesem Tagesordnungspunkt (TOP) jeden Sachkundigen zu hören, würde aber beim heutigen Umfang der Tagesordnung dem Sitzungsverlauf nicht dienlich sein.

Herr Schubert lässt über das Anhörungsrecht für Herrn Dr. Tetzlaff-Gahrman als sachkundigen Bürger abstimmen, welches der Ausschuss mehrheitlich ablehnt.

Herr Schubert beantragt das Anhörungsrecht für Herrn Uilderks als sachkundigen Bürger.

Kurz vor der Abstimmung beantragt Herr Zahn eine zehnminütige Unterbrechung für eine Beratung innerhalb der Fraktionen, welche der Ausschuss einstimmig beschließt.

Die Sitzung wird von 17:10 Uhr bis 17:20 Uhr für eine Beratungspause unterbrochen.

Herr Schubert erläutert, dass sich die Fraktionen geeinigt hätten, für diesen TOP kein Anhörungsrecht am heutigen Tag zu gewähren, wenn Gäste des Ausschusses dafür Gelegenheit bekommen würden, ihre Anmerkungen oder Fragen dem Fachbereich und dem Ausschuss schriftlich zukommen zu lassen.

Herr Schubert lässt darüber abstimmen.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, so zu verfahren und lehnt dabei gleichzeitig das Anhörungsrecht für Herrn Uilderks ab

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4.2.2 Vorstellung des Wärmenutzungskonzeptes

vertagt

zu 4.2.3 Vorstellung Bereich 3.322

Herr Rocksien stellt den Bereich 3.322 – Melde- und Gewerbeangelegenheiten vor.⁴

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4.2.4 Erhöhung der Vorhaltung im Rettungsdienst

Herr Möller zitiert aus dem vor der Sitzung umverteilten Vermerk.⁵

Auf die Nachfrage von Herrn Mauritz, welche besseren Konditionen z.B. Hamburg biete und wer das festlege, antwortet Herr Bähr, dass Hamburg u.a. Sonderzulagen zahle und bessere Aufstiegsmöglichkeiten biete. Dies regle das jeweilige Landesrecht.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

⁴ Anlage 4

⁵ Anlage 5

zu 4.2.5 2. Zwischenbericht über Veränderungen gegenüber dem Produkthaushaltsplan 2013

Herr Möller teilt mit, dass im Bereich Verkehrsangelegenheiten nach dem derzeitigen Sachstand eine Reduzierung der Personalaufwendungen um 150 TEUR erwartet werde. Grund dafür seien unbesetzte Planstellen und krankheitsbedingte Ausfälle. Weiterhin sei im Rettungsdienst zwischenzeitlich eine Einigung mit den Krankenkassen erfolgt, so dass es in diesem Jahr voraussichtlich keine Planabweichung (1.045 TEUR) geben werde.

Der 2. Zwischenbericht könne bei Interesse in ALLRIS unter VO/2013/00916 nachgesehen werden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4.2.6 Sickerwasser Deponie Niemark

Herr Möller berichtet, dass die Ergebnisse des Gutachtens zum Sickerwasser Deponie Niemark in der Januarsitzung des Werkausschusses (WA) vorgestellt würden und interessierte Ausschussmitglieder an der Sitzung des WA teilnehmen könnten.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4.3 Beantwortung von Anfragen

zu 4.3.1 Lagerhaus-Lübeck GmbH - Antworten auf Ausschussfragen (39. Sitzung des Umwelt- und Kleingartenausschusses in der Wahlperiode 2008 - 2013 TOP 8.3) Vorlage: VO/2013/01043

Für Herrn Schubert sind die Fragen nur unzureichend beantwortet. So sei u.a. nach „gefährlichen Stoffen“ gefragt worden. Das Abfallverzeichnis enthalte zwar eine Auflistung der Abfälle, aber nicht, um welche „gefährlichen Stoffe“ es sich handle. Des Weiteren sei interessant zu wissen, wer für die Frage 2 zuständig sei und beantworten könne. Herr Schäfer merkt an, dass „gefährliche Stoffe“ im Abfallkatalog nicht aufgelistet seien.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4.3.2 Taxenordnung / Taxenkonzessionen

Herr Möller schlägt vor, die Antwort der Niederschrift als Anlage beizufügen.⁶

Laut Herrn Zahn beruhe seine Anfrage aus der letzten Sitzung darauf, dass sich über mangelnde Ortskenntnis der Taxifahrer beschwert worden sei. Ein weiterer Punkt sei das Einhalten der gängigen Vorschriften (u.a. Arbeitszeiten, techn. Zustand der Fahrzeuge). Sollte das in der Antwort enthalten sein, so sei das in Ordnung. Herr Jelen führt aus, dass die HL eine der besten Ortskenntnisprüfungen durchführe. Es könne sich bei mangelnder Ortskenntnis nur um Ausnahmesituationen handeln. Kontrollen oblägen dem Zoll, die HL selber sei die Genehmigungsbehörde. Bei Plausibilitätsüberprüfungen würden Kilometerleistung und Stundenanzahl überprüft. Werde dabei etwas festgestellt, so werde der Vorgang an die Steuerfahndung abgegeben.

⁶ Anlage 6

Herr Möller ergänzt, dass vor kurzem eine Runde mit dem Taxigewerbe stattgefunden habe. Wenn Fahrer, Fahrzeug und Uhrzeit bekannt seien, so könnten die Betreiber direkt eingreifen. Allgemeinen Hinweisen könne nur schwer nachgegangen werden.

Herr Zahn möchte zu einer der nächsten Sitzungen ein paar Informationen zu dieser Runde erhalten.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4.3.3 Personalschlüssel Stadtteilbüros / Aufteilung auf StB
(gemeinsame Beratung mit TOP 7.3)

Siehe TOP 7.3

zu 4.3.4 Parken Pflegedienste

Für Frau Menorca reicht es aus, die Antwort der Niederschrift als Anlage beizufügen.⁷

zu 4.4 Überweisungen aus der Bürgerschaft

zu 4.4.1 Überweisung aus der Bürgerschaft Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - "Umweltbericht für das Metallhüttenwerkgelände" Sitzung der Bürgerschaft 29. August 2013 (VO 833) Vorlage: VO/2013/00858

Vertagt

zu 4.4.2 Überweisung aus der Bürgerschaft Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - "Lärmentwicklung der Häfen und Wasserstraßen" Sitzung der Bürgerschaft 29. August 2013 (VO 777) Vorlage: VO/2013/00859

Vertagt

zu 5 Anträge

Es liegt nichts vor.

⁷ Anlage 7

zu 6 Vorlagen

**zu 6.1 Haushaltssatzung 2014 mit Stellenplanänderungen 2014
Vorlage: VO/2013/00991**

Beschluss:

1. Der **Produkthaushaltsplan** bestehend je Produkt aus der Produkthaushaltsseite, dem Ergebnisplan und dem Finanzplan inkl. der investiven Ein- und Auszahlungen und wird mit den Veränderungen lt.

Anlage 1 - Veränderungen aus Ausgleichsvorschlägen, Nachmeldungen und Fachausschussempfehlungen zum Ergebnisplan - **Spalte 11** -

Anlage 2a - Veränderungen aus Ausgleichsvorschlägen, Nachmeldungen und Fachausschussempfehlungen zum Finanzplan/Investitions- und Finanzierungstätigkeiten-**Spalte 10** - beschlossen.

- 1a. Die den Haushaltsanmeldungen zugrunde liegenden Maßnahmen aus den Maßnahmenlisten der Fachbereiche (**Anlage 4**) werden zur Kenntnis genommen. Der Bürgermeister wird beauftragt, die erforderlichen Schritte einzuleiten, um die u.a. in dem Haushalt 2014 vorgesehenen Aufwandskürzungen und damit verbundenen Minderauszahlungen bzw. die Ertragssteigerungen und die damit verbundenen Mehreinzahlungen zu realisieren.
2. Die Durchführungsbestimmungen (DB) zur Haushaltssatzung werden in der als **Anlage 0** beigefügten Fassung festgesetzt.
3. Aufgrund der §§ 95 ff der Gemeindeordnung (GO) wird nach Beschluss der Bürgerschaft vom und mit Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014 wird

- | | | | |
|----|---|-------------------|-----|
| 1. | im Ergebnisplan mit | | |
| | einem Gesamtbetrag der Erträge auf | 638.181.100 | EUR |
| | einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf | 716.112.600 | EUR |
| | einen Jahresüberschuss von | | |
| | einen Jahres fehlbetrag von | 77.931.500 | EUR |
| 2. | im Finanzplan mit | | |
| | einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf | 623.400.900 | EUR |
| | einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf | 668.072.200 | EUR |
| | einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf | 57.291.000 | EUR |
| | einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf | 90.967.400 | EUR |

festgesetzt.

(Stand: gedruckter Entwurf 2014, aktueller Stand siehe ggf. Anlage 1 und 2a)

§ 2

Es werden festgesetzt:

1.	der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	35.480.300	EUR
2.	der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	32.847.100	EUR
3.	der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	550.000.000	EUR
4.	die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen auf	3.196,42	Stand: 10/2013

§ 3

Die Hebesätze für die Realsteuern sind wie folgt festgesetzt:

1.	Grundsteuer	
	a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A)	400 %
	b) für die Grundstücke (Grundsteuer B)	500 %
2.	Gewerbsteuer	430 %

§ 4

Der Höchstbetrag für unerhebliche über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen, für deren Leistung oder Eingehung der Bürgermeister seine Zustimmung nach § 95 d Abs. 1 oder § 95 f Abs. 1 Gemeindeordnung erteilen kann, beträgt **250.000 EUR**.

Die Genehmigung der Bürgerschaft gilt in diesen Fällen als erteilt. Der Bürgermeister ist verpflichtet, der Bürgerschaft mindestens halbjährlich über die geleisteten über- und außerplanmäßigen Ausgaben und die über- und außerplanmäßig eingegangenen Verpflichtungen zu berichten. Mit Ausnahme der Eilentscheidungen des Bürgermeisters nach § 65 Abs. 4 GO ist bei einer beabsichtigten Verwendung von Budgetmitteln als Deckung für Maßnahmen im Zuständigkeitsbereich eines anderen Fachausschusses auch eine vorbereitende Beratung im abgebenden Fachausschuss und im Falle widersprechender Empfehlungen der beteiligten Fachausschüsse das koordinierende Votum des Hauptausschusses einzuholen.

§ 5

Für die Wirtschaftspläne der **städt. SeniorInneneinrichtungen** werden festgesetzt:

		2014/EUR
1.	im Erfolgsplan	
	die Erträge auf	23.930.500
	die Aufwendungen auf der Jahresverlust auf	24.807.600 877.100
2.	im Vermögensplan	
	die Einnahmen auf die Ausgaben auf	220.000 220.000
3.	der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0
4.	der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	0
5.	der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	3.200.000

Der Gesamtbetrag für max. abzuschließende Zinsderivate wird für das Jahr 2014 auf **50 Mio. EUR** festgesetzt.

Die kommunalaufsichtliche Genehmigung wurde am erteilt.

(Ende des Satzungstextes)

4. Grundsatzbeschluss zur Aufnahme von Kassenkrediten

Der Bürgermeister der Hansestadt Lübeck wird ermächtigt von der gesetzlich eingeräumten Möglichkeit der Aufnahme von Kassenkrediten über das Haushaltsjahr hinaus bis zum Ende der mittelfristigen Ergebnisplanung Gebrauch zu machen.

5. Stellenplan

- 5.1 Der Stellenplan 2013 (3.185,50 Planstellen) wird zu dem Haushaltsjahr 2014 um die sich aus der **Anlage 5a** ergebenden Stellenplanänderungen (Veränderungsliste) ergänzt und in der sich daraus ergebenden Fassung als **Stellenplan für das Haushaltsjahr 2014** festgesetzt (3.196,42 Planstellen).
- 5.2 Die sich aus der Anlage **5b** ergebenden **Stellenplanveränderungen (Hebungen)** gem. erfolgter Bewertung werden im Stellenplan 2014 festgeschrieben.

6. Haushaltsbegleitbeschluss 2014

Die in der Anlage 6 genannten neuen Konsolidierungsmaßnahmen werden beschlossen. Der Bürgermeister wird beauftragt, alle erforderlichen Schritte zur Umsetzung dieser Konsolidierungsmaßnahmen einzuleiten, um die kalkulierten Haushaltsverbesserungen zu realisieren. Über die Umsetzung der Maßnahmen ist halbjährlich zu berichten.

Soweit es sich um strukturelle Maßnahmen im Sinne des Haushaltskonsolidierungsgesetzes des Landes S.-H. und der dazu erlassenen Richtlinien handelt, werden diese je nach Kassenwirksamkeit der Umsetzung Bestandteil des Konsolidierungskonzeptes 2012-2015 bzw. 2016-2018.

An der Haushaltsberatung beteiligen sich die Herren Martens, Mauritz, Röttger, Zahn sowie Frau Wind-Olsson. Es werden Fragen zum Dokumentenmanagementsystem (DMS), zum Stellenplan/Stellenbewertung StB und zum Finanzplan/Investitionstätigkeiten (Geschwindigkeitsmessanlagen und Doppelgarage – 3.327, Katastrophenschutz – 3.370 und Kosten Löschwasserbehälter – 3.820) gestellt.

Zu den Fragen äußern sich Herr Siegrist, Herr Möller, Frau Neitzke und Herr Bäh im Hinblick auf den Fachbereich 3.

So könne bei der Einführung eines DMS ein Einsparvolumen von 4 Arbeitsplätzen in der Registratur erzielt werden.

Bezüglich des Stellenplans sei erwähnt, dass der FB viele hoheitliche Aufgaben wahrnehme und somit gesamtstädtisch für das Verhältnis Angestellte/Beamte nicht repräsentativ sei. Daraus könne aber das angesprochene Missverhältnis Beamte/Beschäftigte bei den Stelleneinsparungen resultieren. Die Stellenbewertungen zu den StB seien auf die Zukunft ausgerichtet und würden nur greifen, wenn Aufgaben (Kfz-Zulassung) wieder zurückgeführt würden. Eine Herabgruppierung der jetzigen MitarbeiterInnen finde nicht statt.

Andere Möglichkeiten zur Unterbringung der Messfahrzeuge seien geprüft worden und negativ ausgefallen. Daher sei der Aufbau einer Doppelgarage notwendig. Des Weiteren sei die Anmeldung zur Beschaffung von Geschwindigkeitsmessanlagen ab 2014 vom Bereich Haushalt und Steuerung gestrichen worden.

Bei den Maßnahmen zum Katastrophenschutz handle es sich u.a. um ehemalige Ausstattung vom Bund. Diese werde vom Land gefördert.

Die Frage zu den Kosten des Löschwasserbehälters (Zusammensetzung Kosten, Anforderungen Löschwasserbehälter, Alternativen) konnte nicht geklärt werden. Die Beantwortung erfolgt in einer der nächsten Sitzungen.

Herr Mauritz beantragt, die Vorlage ohne Votum zur Kenntnis zu nehmen.

Herr Schubert lässt darüber abstimmen.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage bei 10-Jaustimmen, 3-Neinstimmen und 0-Stimmenthaltungen mehrheitlich ohne Votum zur Kenntnis.

zu 6.2 Hafententwicklungsplan 2030 (5.691) Vorlage: VO/2013/00904 (vorgezogen)

Beschluss:

1. Der Bürgermeister wird beauftragt, für den Prognosehorizont bis 2030 einen neuen Hafententwicklungsplan (HEP) aufzustellen.

Hierbei sind folgende Zielsetzungen bei der Bearbeitung des HEP zu berücksichtigen:

- Der neue HEP bildet die Grundlage für die räumliche, flächenmäßige und verkehrliche Entwicklung der Lübecker Häfen und sichert durch seine Planungen eine kontinuierliche Entwicklung der bestehenden und künftigen Hafenteile in der Hansestadt Lübeck.
 - Er liefert die fachlichen Voraussetzungen für Entscheidungen der Politik - und auch privater Investoren - und das sich anschließende Verwaltungshandeln.
 - Er sichert eine nachhaltige Hafenplanung, die auch die Ziele der Energie- und Flächeneinsparung, des Klima- und Lärmschutzes, der Luftreinhaltung, des Bodenschutzes, der Baggergutminimierung und der Naturverträglichkeit verfolgt.
 - Den Kunden des Hafens bietet und gewährleistet er verlässliche Rahmenbedingungen und zeigt Entwicklungspotenziale auf, um die Wettbewerbsfähigkeit des Lübecker Hafens zu sichern und auszubauen.
 - Er zeigt auf, inwieweit die Herausforderungen aus der Festen Fehmarnbeltquerung (FFBQ) für die Lübecker Häfen genutzt werden können.
 - Er leistet einen Beitrag zur Positionierung als integrierter Hafen- und Logistikstandort Lübeck 2030.
2. Bei der Aufstellung sind technologische, politische, rechtliche, ökonomische, soziale und ökologische Rahmenbedingungen im Sinne des Nachhaltigkeitsbegriffs zu berücksichtigen.
 3. Der HEP dient auch als Masterplan für die Hafententwicklung zwischen Seelandkai und Dänischburg.
 4. Neben Flächen für die Hafententwicklung ist in Ergänzung zum vorliegenden Gewerbeflächenentwicklungskonzept (GFEK) zu prüfen, ob und in welchem Umfang geeignete Logistikflächen in hafenbezogenen Gewerbegebieten auszuweisen sind.
 5. Eine Hafentbahntentwicklungsplanung ist in den HEP zu integrieren.
 6. Bei der Projektbearbeitung ist im Rahmen der Projektorganisation und -steuerung in geeigneter Weise durch einen öffentlichen und moderierten Prozess die Beteiligung von Politik, Wirtschaft, privaten Hafentbetreibern, Verwaltung, Verbänden und Öffentlichkeit sicherzustellen.

Herr Rogge erläutert den Hafenenwicklungsplan (HEP) 2030 anhand einer Präsentation näher.⁸

In der sich anschließenden Beratung werden von den Herren Mauritz, Macziew, Dr. Lengen und Schubert die Beschlüsse der anderen Ausschüsse zum HEP, das Fehlen eines Flächenentwicklungsplans, das Vergabeverfahren von Gutachten sowie die Verbringung/Verklappung des Baggerguts thematisiert.

Herr Rogge teilt mit, dass man zu den Beratungsergebnissen der anderen Ausschüsse eine Handlungsempfehlung erarbeitet habe und diese dem Ausschuss als Tischvorlage zur Kenntnis gebe.⁹ Gegenstand des HEP sei, wie künftig mit dem Wachstum umgegangen werde. Danach folgten noch weitere Entwicklungspläne. Vergaben würden über die Vergabeausschüsse geregelt. Sollte der Schwellenwert von 207.000 € überschritten werden, so würde EU weit ausgeschrieben. Das Baggergut bei der Neubaumaßnahme sei in der Regel unbelastet und könne in die Ostsee verklappt werden, soweit keine wirtschaftlich sinnvolle Verwertung möglich sei. Beim Baggergut von Unterhaltungsmaßnahmen liege eine leichte Belastung vor und das Baggergut werde zum Spülfeld am Stau verbracht. Abschließend sei festzuhalten, dass Baggarbeiten einer Genehmigung bedürfen und mit Auflagen verbunden seien. Es werde aber kaum eine Verklappung in die Ostsee geben. Herr Schubert merkt hierzu an, dass die Verklappung eine Schädigung des Meeres darstelle, unabhängig davon, ob das Baggergut kontaminiert ist.

Herr Müller begrüßt das Vorhaben, für ihn komme aber die auf den Seiten 6 und 7 der Anlage 2 beschriebene Ökonomie und Ökologie im Beschlussvorschlag zu wenig zur Geltung und müsse dahingehend erweitert werden.

Herr Schubert greift den Vorschlag auf und stellt den Antrag, den Beschlussvorschlag zu Ziffer 1 wie folgt zu ergänzen:

*„...Hierbei sind die folgenden Zielsetzungen, **wie in der Anlage 2 beschrieben**, bei der Bearbeitung des HEP zu berücksichtigen...“*

Der Ausschuss empfiehlt bei 10 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 5 - Stimmenthaltungen einstimmig, der Vorlage in der geänderten Form (Ergänzung Beschlussvorschlag) zuzustimmen.

zu 6.3 Bebauungsplan 22.55.08 – Herrenholz Einkaufszentrum - Satzungsbeschluss Vorlage: VO/2013/00963

Beschluss:

1. Die während der öffentlichen Auslegung nach § 3 (2) des Baugesetzbuches (BauGB) und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 (2) BauGB sowie die während der erneuten öffentlichen Auslegung nach § 4a (3) Satz 1 und Satz 2 BauGB und der parallel hierzu durchgeführten erneuten Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4a (3) Satz 1 und Satz 2 BauGB zum Entwurf des Bebauungsplanes 22.55.08 – Herrenholz Einkaufszentrum - abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange hat die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck mit den in den beiliegenden Prüf- und Abwägungsberichten dargelegten Ergebnissen geprüft.

⁸ Anlage 8

⁹ Anlage 9

Die Berichte zur Prüfung und Abwägung der im Rahmen der vorgenannten Beteiligungsverfahren eingegangenen Stellungnahmen werden in den als Anlagen 1 a und 1 b beigefügten Fassungen gebilligt.

Der Bereich Stadtplanung wird beauftragt, diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

2. Auf Grund des § 10 (1) BauGB wird der Bebauungsplan 22.55.08 – Herrenholz Einkaufszentrum - in der als Anlage 2 beigefügten Fassung als Satzung beschlossen.
3. Die Begründung zum Bebauungsplan 22.55.08 – Herrenholz Einkaufszentrum - wird in der als Anlage 5 beigefügten Fassung gebilligt.
4. Der Bereich Stadtplanung wird beauftragt, den Beschluss des Bebauungsplanes als Satzung nach § 10 (3) BauGB ortsüblich bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist anzugeben, wo der Bebauungsplan mit der Begründung und zusammenfassender Erklärung nach § 10 (4) BauGB während der Sprechstunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.

Frau Metzner bezieht sich auf den hohen Versiegelungsgrad von 95% und fragt nach, ob aus naturschutzrechtlicher Sicht Bedenken bestünden. Herr Möller verweist auf Seite 42 Punkt 6.4.6 der Begründung, Bedenken bestünden demnach nicht.

Herr Schubert lässt über die Vorlage abstimmen.

Der Ausschuss empfiehlt bei 7 - Jastimmen, 1 - Neinstimmen und 5 - Stimmenthaltungen mehrheitlich, gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

zu 7 Berichte und Antworten

zu 7.1 Bericht zur Umsetzung des Maßnahmenpaketes für den Klimaschutz in Lübeck Vorlage: VO/2013/00958

Herr Möller teilt mit, dass die Stellenfreigabe zur Besetzung der Stelle KlimaschutzmanagerIn erteilt worden sei. Momentan sei man bezüglich des Förderungszeitraums mit dem Bund im Gespräch.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

zu 7.2 Festsetzung von verkaufsoffenen Sonntagen in der Hansestadt Lübeck 2014 Vorlage: VO/2013/00980

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

zu 7.3 Anpassung der Organisationsstruktur der Stadtteilbüros als Beitrag zur Umsetzung des Haushaltskonsolidierungskonzepts 2012-2018
Vorlage: VO/2013/01078 (gemeinsame Beratung mit TOP 4.3.3)

zu TOP 4.3.3

Herr Rocksien teilt den folgenden Personalschlüssel mit:

- 6 Stadtteilbüros (StB), bei vollständiger Besetzung insgesamt 36 MitarbeiterInnen tätig
- Aufteilung: Innenstadt: 10 (2 x Teilzeit, 8 x Vollzeit); St. Lorenz: 9 (3 x Teilzeit, 6 x Vollzeit); St. Gertrud: 8 (6 x Teilzeit, 2 x Vollzeit); Moising: 4 (1 x Teilzeit, 3 x Vollzeit); Kücknitz: 5 (2 x Teilzeit, 3 x Vollzeit); Travemünde: 2 (z. Zt. je 1 Mitarbeiterin aus dem StB Kücknitz/Innenstadt)

Herr Möller ergänzt, dass krankheitsbedingt insgesamt 7 MitarbeiterInnen fehlten, sich 2 MitarbeiterInnen in Eltern- bzw. Altersteilzeit befinden würden und eine Freistellung aus arbeitsrechtlichen Gründen erfolgt sei (Stand 19.11.2013).

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Frau Mählenhoff verlässt gegen 19:20 Uhr die Sitzung.

zu TOP 7.3

Es sprechen die Herren Mauritz, Dr. Lengen, Müller, Macziew, Zahn, Martens sowie die Damen Wind-Olßon und Menorca.

Die Beratung im Ausschuss bezieht sich hauptsächlich auf eine Prüfung aller Varianten. So solle auch das StB Innenstadt in die Prüfung einbezogen werden. Grund hierfür sei u.a. die schlechte Erreichbarkeit. Außerdem werden noch einige Fragen aufgeworfen, z.B. Direktionsrecht, Anzahl der MitarbeiterInnen (Unterschied Bericht zum mündl. Vortrag TOP 4.3.3), Leitungskosten und mehrsprachigen Internetservice.

Zu den angesprochenen Punkten äußern sich Herr Möller, Frau Neitzke und Herr Rocksien. So sei es gängige Praxis, MitarbeiterInnen dort einzusetzen, wo man sie brauche. Diese seien allgemein ausgebildet, Flexibilität liege vor und vom Direktionsrecht werde Gebrauch gemacht. Im Bericht seien die Stellen auf Vollzeitstellen umgerechnet worden, deshalb ergebe sich die Differenz. Es handle sich um Hochleistungsleitungen, an die aufgrund des Datenschutzes auch gewisse Anforderungen (Qualität, Sicherheit) geknüpft seien. Hier befinde man sich außerdem in der Abnahmepflicht gegenüber dem Bereich Informationstechnik. Die

StB Innenstadt und St. Lorenz würden am stärksten frequentiert, sodass deren Schließung außer Frage stünde. Synergieeffekte könnten dort nicht erzielt werden. Das Vorhalten von mehreren StB sei eine Komfortleistung, die sich die HL nicht mehr leisten könne. Beim Internetservice werde kein Problem gesehen. Der Anteil derer, die sich nicht zurechtfinden, sei verschwindend gering. Es gebe kaum Beschwerden.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Frau Bussat verlässt gegen 20:05 Uhr die Sitzung.

zu 7.4 Entwicklung der Leerstände in den Kleingärten Vorlage: VO/2013/00977
(vorgezogen)

Im Ausschuss werden unter Beteiligung der Damen Mählenhoff und Menorca sowie der Herren Müller, Zahn und Dr. Lengen hauptsächlich die Ursachen der Leerstände sowie deren Folgen besprochen und Lösungsansätze gesucht. Im Kern seien das Alter der Pächter und Umzüge Ursache für die Aufgabe von Gärten. Folgen seien u.a. das Verwildern einzelner Parzellen und, dass die Vereine die Pachtzahlungen für die Leerstände mit aufbringen müssten. Zur Lösung des Problems könne mehr Öffentlichkeitsarbeit (Einbinden von Kitas, Schulen, Wohnanlagen) betrieben werden, um neue Pächter zu akquirieren und Leerparzellen zu bewirtschaften. Eventuell könne die Stadt einen Beitrag leisten.

Herr Schiller merkt an, dass es durchaus Projekte gebe und Schulen gezielt angesprochen würden. Die Bereitschaft lasse aber nach, sei es aus Zeit- bzw. Geldgründen oder mangels Interesse. Herr Möller ergänzt, dass die Stadt durchaus Unterstützungsarbeit durch Projekte wie „urban-gardening“ oder „Interkultureller Garten“ leiste. Leerstehende Parzellen durch die Stadt zu bewirtschaften sei eine freiwillige Maßnahme und weder personell noch finanziell leistbar. Des Weiteren sei der FB 2 Flächenverwalter und Ansprechpartner bei Fragen zur Pacht.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

zu 7.5 Stadtgut Falkenhusen: Anfrage von Herrn Dr. Lengen im Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung am 17.09.2013 (TOP 10.1)
Vorlage: VO/2013/00976 (vorgezogen)

Zur Antwort erwähnt Herr Röttger, dass der Stadt durch eine ökologische Bewirtschaftung Gelder verloren gingen. Worauf Frau Mählenhoff eine Begründung für diese These einfordert, welche Herr Röttger nicht im öffentlichen Teil verkünden wolle (siehe TOP 13.1).

Der Ausschuss nimmt die Antwort zur Kenntnis.

Gemäß der Beschlussfassung des Ausschusses vom 17.09.2013 TOP 10.9 wird die Sitzung von 18:15 Uhr bis 18:25 Uhr für eine Pause unterbrochen.

zu 8 Neue Anfragen und Verschiedenes

zu 8.1 Anfrage Herr Röttger - Beschaffung/Ausrüstung Feuerwehr (Feuerwehrlhelm)

Herr Röttger teilt mit, dass beim Besuch der Atemschutzstrecke auf der Feuerwache 1 Kritik am neu beschafften „Bullert-Helm“ geäußert worden sei. Er möchte seine Befürchtungen ausgeräumt wissen, dass hier Ausrüstung beschafft wurde, die nicht ausreichend in der Praxis getestet worden sei. Herr Möller antwortet, dass es ordentliche Ausschreibungsverfahren gebe und man Helme nach der Norm und den Vorschriften beschaffe.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 8.2 Anfrage Herr Wegner - Kriminalpräventiver Rat

Herr Wegner fragt nach, was es mit dem Kriminalpräventiven Rat auf sich habe und was dieser mache. Herr Möller antwortet, dass sich der Kriminalpräventive Rat aus Vertretern der Polizei und aus den Bereichen Jugendhilfe und Jugendarbeit, Stadtplanung sowie zahlreichen Vereinen, Verbänden, Schulen u.s.w. zusammensetze. Der Rat versuche in verschiedenen Arbeitsgruppen und Projekten Ursachen von Kriminalität (z.B. Drogendelikte) zu beseitigen oder zu reduzieren und das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger Lübecks zu stärken.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 8.3 Anfrage Frau Metzner - Laubbeseitigung Moltkestraße

Frau Metzner macht auf die Laubbeseitigung in der Moltkestraße aufmerksam. So werde das Laub vom Gehweg auf den Radweg gepustet und bleibe dort liegen. Das sei für die Radfahrer gefährlich. Herr Möller sagt zu, diesbezüglich beim Bereich Stadtgrün sowie den Entsorgungsbetrieben nachzufragen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 8.4 Anfrage Herr Wegner - Ölunfall Kahlhorststraße

Am vergangenen Donnerstag sei es im Bereich Kahlhorststraße zu einem Ölunfall gekommen und Öl teilweise in die Kanalisation gelaufen, berichtet Herr Wegner. Oberflächlich sei alles ordnungsgemäß entfernt worden, es stelle sich aber die Frage, ob in der Kanalisation noch Rückstände vorhanden seien. Es werde bei den Entsorgungsbetrieben nachgefragt, antwortet Herr Möller.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Schubert stellt gegen 20:50 Uhr die Nichtöffentlichkeit her.

Öffentlicher Teil:

zu 14 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Herr Schubert stellt um 20:58 Uhr die Öffentlichkeit wieder her und gibt bekannt, dass im nichtöffentlichen Teil keine Beschlüsse gefasst worden seien. Herr Schubert schließt die Sitzung um ca. 21:00 Uhr.

Lübeck, den 2. Dezember 2013

Hans-Jürgen Schubert
Vorsitzender

Maik Schneider
Protokollführung